

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 40 (2021)
Heft: 77

Artikel: Linke Politik muss über die MMT-Jobgarantie hinausgehen
Autor: Bühler, Joël / Ringger, Beat / Wermuth, Cédric
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055535>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Linke Politik muss über die MMT-Jobgarantie hinausgehen

In der Coronakrise ist deutlich geworden, welche ökonomische Handlungsmacht beim Staat liegt und welche enormen Mittel er innerhalb von wenigen Tagen mobilisieren kann. So hatten die Ausweitung der Kurzarbeit und die Unterstützung vieler Selbstständiger einen massiven Anstieg der Erwerbslosigkeit in der Schweiz wirksam verhindert. Für viele Bürgerliche waren diese Massnahmen jedoch ein ordnungspolitischer Dammbbruch. Sie haben sie nicht zuletzt gerade deshalb bekämpft, weil sie die behauptete totale Abhängigkeit der Beschäftigung vom Investitionswillen des Kapitals unterlaufen haben. Hier kommen die Analyse von Michal Kalecki (1943) und das Konzept der Modern Monetary Theory (MMT) der Jobgarantie (z. B. Tcherneva 2020) ins Spiel, ebenso weiterführende Konzepte wie die Service-public-Revolution, welche den Einsatz von Arbeitskraft grundsätzlich auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme umorientieren möchte.

Kaleckis «Politische Aspekte von Vollbeschäftigung» von 1943

Wenn es um Beschäftigungspolitik geht, wird häufig auf die Arbeiten des polnischen marxistischen Ökonomen Michal Kalecki Bezug genommen. Kalecki hatte schon vor Keynes dargelegt, dass die öffentliche Hand die Nachfrage steuern kann und soll, um Vollbeschäftigung zu garantieren, und um damit sicherzustellen, dass alle massgebenden ökonomischen Ressourcen – auch die menschliche Arbeitskraft – optimal zum Einsatz gelangen.

Anders als der bürgerliche Keynes war sich Kalecki aber der grundsätzlichen klassenpolitischen Widerstände gegen Vollbeschäftigung bewusst. Er

entwickelte seine Überlegungen in seinem Aufsatz «Politische Aspekte der Vollbeschäftigung» kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs und damit in einer Zeit, in der viele Ökonom*innen «anerkennen, dass Vollbeschäftigung durch staatliche Ausgaben erreicht werden kann» (Kalecki 1943), es dagegen aber grossen Widerstand aus dem Umfeld der Industrie und der Banken gab. Wie die COVID-19-Stützungsmaßnahmen gezeigt haben, könnten wir uns bald wieder in einer ähnlichen Situation befinden.

Im Folgenden geben wir in knappen Worten wieder, wie Kalecki die politischen Motive der kapitalistischen Klasse hinter ihrem Widerstand gegen Vollbeschäftigung erklärt:

1. Prinzipielle Opposition gegen Eingriffe zur Sicherung von Beschäftigung

Die Kapitalist*innen wollen ihre Macht als Hauptakteur bei der Bereitstellung von Erwerbsarbeit um jeden Preis behaupten, das Beschäftigungsniveau direkt an eine kapitalfreundliche Politik koppeln und damit die Vorherrschaft über die Wirtschaftspolitik behalten. Eine öffentliche Vollbeschäftigungspolitik hingegen würde diese Vorherrschaft des Kapitals unterlaufen – daher ihre prinzipielle Opposition.

2. Opposition gegen die Massnahmen, welche Vollbeschäftigung herstellen können (öffentliche Investitionen und Konsumsubventionen)

Sie sind auch deshalb gegen Massnahmen für Vollbeschäftigung, weil der Staat mit höheren öffentlichen Investitionen in Bereiche vordringt, in denen er Profite der Kapitalist*innen unmittelbar gefährdet, und weil Sozial-Transfers (z. B. Arbeitslosen-Taggelder) dazu führen, dass Menschen ihre Arbeitskraft nicht mehr zu jedem noch so prekären Preis verkaufen (müssen).

3. Opposition gegen die Aufrechterhaltung von Vollbeschäftigung

Schliesslich fürchten Kapitalist*innen die Aufrechterhaltung von Vollbeschäftigung, weil dadurch die Androhung von Entlassungen ihren Schrecken verliert. Arbeiter*innen könnten dann vermehrt streiken, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Lohnforderungen durchsetzen, und sie könnten mittelfristig auch die politische und ökonomische Dominanz des Kapitals herausfordern.

Der Aufsatz von Kalecki findet heute wieder verstärkte Beachtung. Doch seit seiner Publikation sind fast achtzig Jahre vergangen. Was taugt Kaleckis Ansatz heute noch?

Vollbeschäftigung, Inflation und die Jobgarantie im MMT-Framework

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1973 hatten Europa und die USA eine lange Periode von Vollbeschäftigung durchlebt («Wirtschaftswunder», «trentes glorieuses»). In Frankreich zum Beispiel hatte die Arbeitslosenquote bis 1965 nur etwa zwei Prozent betragen und stieg danach erst sehr langsam wieder an (Malinvaud 1986). Streiks nahmen zu, bis hin zu den breiten Massenstreiks in Frankreich im Mai 1968 oder 1969 in Italien. Vollbeschäftigung geht mit stärkeren Verteilungskonflikten und einer besseren Position der Lohnabhängigen einher. Politische Reden aus dieser Zeit illustrieren, wie beunruhigt die Kapitalist*innen und ihre Regierungen wegen der langjährigen Vollbeschäftigung waren.

Allerdings kam es zu dieser Zeit der Vollbeschäftigung auch zu verstärkter Inflation. Kalecki selbst hatte nicht bedacht, dass dies eine mögliche Konsequenz von Vollbeschäftigung sein könnte. Anders die MMT-Autor*innen. Für sie – wie auch für viele andere ökonomische Lehrmeinungen – ist Inflation immer dann Zeichen eines ungelösten Konflikts zwischen Arbeiter*innen und Kapitalist*innen, wenn die Summe ihrer Ansprüche auf Einkommensanteile die Produktion übersteigt. Die Kapitalist*innen kommen bei Vollbeschäftigung den Lohnforderungen ihrer Arbeiter*innen aufgrund deren Stärke auf dem Arbeitsmarkt zwar nach, allerdings geben sie die daraus resultierende Erhöhung der Kosten sofort in Form von höheren Produktpreisen an die Arbeiter*innen zurück. Die Arbeiter*innen nehmen diese erneute Reallohnsenkung aber nicht hin, sondern erkämpfen auf dem Arbeitsmarkt wiederum höhere Löhne. Damit kommt eine Lohn-Preis-Spirale in Gang (Mankiw 2019; Taylor/Barbosa-Filho 2021). Dies ist auch ein Problem herkömmlicher Konjunkturpakete, sobald sie mit der Privatwirtschaft in einen Lohn-Bietungswettlauf um Arbeitskräfte kommen.

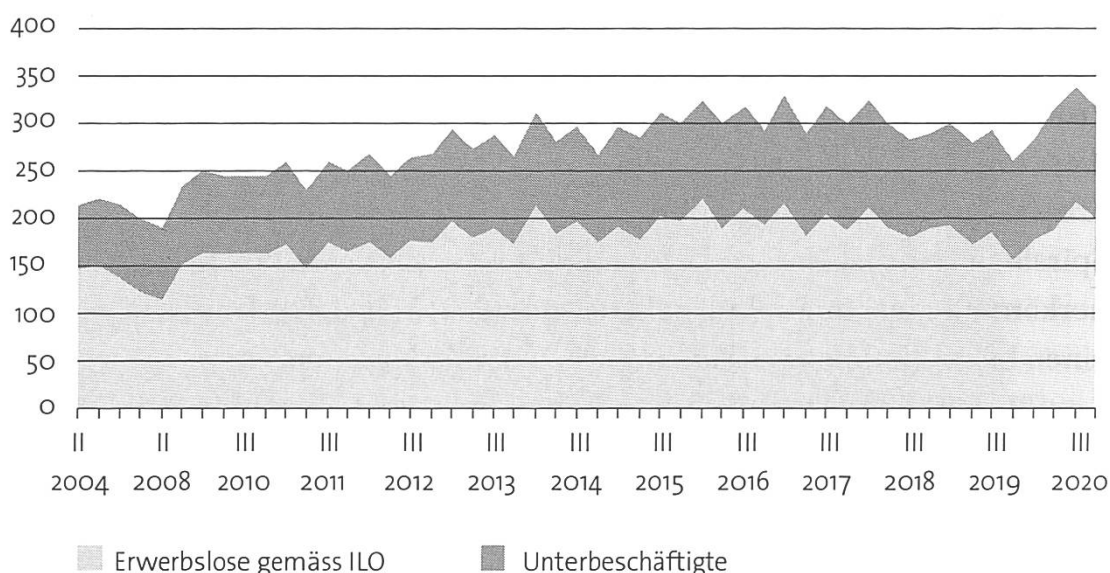
Bürgerliche Ökonom*innen haben aus der Lohn-Preis-Spirale den Schluss gezogen, dass es ein bestimmtes Mass an Erwerbsarbeitslosigkeit zu ihrer Brechung brauche, und dafür die sogenannte NAIRU (Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment, inflationsstabile Arbeitslosenquote) konzipiert (Mitchell 1998). Und sie haben in der Praxis dafür gesorgt, dass sich ausgehend von der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er-Jahre bis heute eine entsprechende Sockelarbeitslosigkeit festsetzen konnte.

Die MMT propagiert nun nach Jahrzehnten chronischer Erwerbsarbeitslosigkeit eine Möglichkeit, um die Einkommensansprüche der Kapitalist*innen und der Arbeiter*Innen im Rahmen des Volkseinkommens und damit die Inflation tief zu halten: die Jobgarantie. Arbeitslose sollen direkt

vom Staat zu einem *fixen Lohn* beschäftigt werden (Mitchell 1998). Dieser Lohn kann durchaus höher sein als die tiefsten Löhne in der Privatwirtschaft, darf jedoch nicht an die Inflation gekoppelt werden, damit die Inflation nicht eskaliert. Im Boom können Kapitalist*innen dann Arbeitnehmer*innen aus dem öffentlichen Jobpuffer abwerben, in der Krise werden sie wieder vom öffentlichen Sektor aufgefangen. Der Vorschlag ist ein Klassenkompromiss. Er würde jedoch ein Recht auf Arbeit schaffen und grössere Handlungsmöglichkeiten für die öffentliche Hand erzeugen.

Kritiker*innen glauben, dass die Jobgarantie wegen ihrer reinen Pufferfunktion kaum anspruchsvolle Arbeiten mit langfristigem Einsatz schaffen würde. Allerdings sind selbst in der vergleichsweise privilegierten Schweiz seit 2004 immer mindestens 190 000 Vollzeitäquivalente an Unterbeschäftigung vorhanden gewesen (siehe Grafik unten) – die Jobgarantie-Angebote müssten also kaum je mit einem Versiegen der verfügbaren Arbeitskraft rechnen. In Österreich findet übrigens auf kleiner Ebene ein Experiment dazu statt, das insbesondere auch mögliche Einsatzgebiete finden soll (Kasy/Lehner 2020; auch Tcherneva 2020).

Potenziell Beschäftigte Jobgarantie in Vollzeitäquivalenten



Quelle: BFS: Von Arbeitsmangel betroffene Personen

Warum der Kampf der linken Kräfte über die Jobgarantie hinausgehen muss

Aus Sicht der Lohnabhängigen wäre es ein grosser Fortschritt, wenn die Politik der gewollten Erwerbsarbeitslosigkeit (NAIRU) zurückgedrängt und durch eine Politik der Jobgarantie ersetzt würde. Alleine schon der Umstand, dass Vollbeschäftigung als erreichbares Ziel wieder Eingang in die politischen Diskurse findet, hat zur Folge, dass Erwerbsarbeitslosigkeit als politisch gewollt erkennbar wird und nicht mehr nur als Folge von Kräften jenseits des politischen Zugriffs erscheint wie «Digitalisierung» oder «Globalisierung». Wir sollten «nicht aufhören, [die] Forderung [nach Vollbeschäftigung] laut in konkreter Form zu erheben, weil nur aus dieser ständigen Demonstration des üblen Willens des Kapitals für uns die moralische Kraft kommen kann, um eine Änderung zu schaffen», wie es der österreichische Ökonom Josef Steindl formuliert (Steindl 2019).

Allerdings sind in der neoliberalen Periode die Profite der Unternehmen auf Kosten der Arbeiter*innen so stark angestiegen, dass es erheblichen Rückverteilungsspielraum gibt – so argumentiert beispielsweise auch die neue US-Regierung unter Joe Biden in ihren Ausführungen zu Vollbeschäftigung. Dies spricht dafür, einen weitaus ambitionierteren Umbau der Gesellschaft in Angriff zu nehmen und beträchtliche Steuererhöhungen für Unternehmen und für Reiche zugunsten der breiten Bevölkerung anzustreben.

Noch einen Schritt weiter gehen Ringger/Wermuth (2020) mit ihrem Vorschlag einer Service-public-Revolution. Sie stellen – zusätzlich zur Frage nach ausreichenden Jobs – auch die Frage nach dem Inhalt der Arbeit. Die demokratisch gesteuerte Problembearbeitung im Rahmen öffentlicher Dienste soll die Kapitalverwertung als jene Kraft ersetzen, die die gesellschaftliche Dynamik und die vorherrschenden Arbeitsverhältnisse massgebend strukturiert und prägt.

Ringger und Wermuth konzipieren dabei den Service public als ein Wirknetz von staatlichen, parastaatlichen und privaten Akteur*innen, in dem eine grosse Vielfalt an organisatorischen Formen Platz findet. Sie lenken den Blick darauf, dass dies bereits heute in weit grösserem Masse der Fall ist, als das die sterile bürgerliche Gegenüberstellung von Staat und Markt vorgaukelt. So gibt es in der Schweiz etwa gleich viele Vereine, Stiftungen und Genossenschaften wie Aktiengesellschaften und GmbHs – von den Ersteren viele auch im parastaatlichen Bereich. Das sind etwa Wassergenossenschaften, die die Wasserversorgung in vielen Gemeinden sicherstellen, oder Spitex-Vereine, die im öffentlichen Auftrag die aufsuchende Pflege anbieten.

Die Aufgabe, genügend Jobs zu schaffen, verbinden Ringger/Wermuth somit mit der Aufgabe, die Gesellschaft nachhaltig, demokratisch und sozial zu organisieren. Jobgarantie ist keine subsidiäre Aufgabe mehr, die der Staat auszubügeln hat, wenn der Privatsektor nicht genügend Jobs bereitstellt. Vielmehr geht es darum, eine *dominante* Zahl an Arbeitsstellen im öffentlichen Bereich anzusiedeln und dauerhaft der Kapitalverwertung zu entziehen.

Die Service-public-Revolution: eine konkrete Skizze

Erfolgen soll dies einerseits durch die Sicherung und den Ausbau von «klassischen» Service-public-Bereichen. So fehlen in der Schweiz bis in zehn Jahren bis zu 65 000 Pflegefachkräfte. Zehntausende ausgebildete Fachleute fehlen auch in der familienergänzenden Kinderbetreuung (Kitas), die überdies zu einem vollwertigen öffentlichen Dienst – analog zur Schule – umgewandelt werden soll. Diese Fachkräfte werden nur dann verfügbar sein, wenn entsprechende Ausbildungs- und Umschulungsoffensiven gestartet und die Arbeitsbedingungen dieser Berufsleute deutlich verbessert werden.

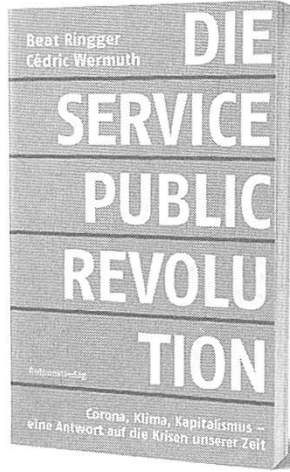
Der Service public muss darüber hinaus auf viele neue Bereiche ausgreifen. Beispielsweise benötigen wir ein neues Mobilitätsregime, das unter anderem auf einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Non-profit-Car-Sharings basiert. Wir brauchen öffentliche Plattformen des Handels, der Kommunikation und der Datennutzung als Alternativen zu Amazon, Google und Co., um demokratische, soziale und ökologische Kriterien in diesen Bereichen überhaupt zum Tragen bringen zu können. Wir benötigen eine dezentrale Reparatur- und Produktionsinfrastruktur unter demokratischer Kontrolle, wie sie von Ringger/Wermuth (2020) unter dem Stichwort der «Klimawerkstätten» skizziert werden. Öffentliche Klimabanken und Non-Profit-Klimaagenturen wiederum sollen energetische Gebäudesanierungen und die dezentrale, erneuerbare Energieversorgung in raschem Tempo voranbringen. Weiter brauchen wir eine nachhaltige, solidarische Landwirtschaft, eine starke Ausweitung des gemeinnützigen Wohnungsbaus sowie eine «Pharma fürs Volk».

Im Rahmen der Service-public-Revolution wird eine Politik der Jobgarantie demnach verknüpft mit einer «Gemeinwohl-Garantie»: In demokratischen Entscheiden über öffentliche Dienste wird festgelegt, was produziert wird, unter welchen Bedingungen und in welchem Interesse dies geschieht, und wie Nachhaltigkeit dabei verbrieft wird. Damit kann auch ein Problem angegangen werden, das dem Konzept der Jobgarantie anhaftet. Ihr Gelin-

gen unterstellt eine Wirtschaftspolitik, die von keiner politischen Seite hintertrieben wird und überdies von keinen weiteren inflationären Tendenzen ausserhalb des Lohn-Preis-Mechanismus gestört wird, die es natürlich auch gibt (z. B. importierte Inflation). Demgegenüber schafft die Service-public-Revolution Räume für neue Kräfteverhältnisse zugunsten der öffentlichen Hand und gibt dieser entsprechend auch wesentlich mehr ökonomische Macht. Diese braucht es, um das Kapital zurückzubinden, das – wie bereits Kalecki gezeigt hat – versuchen wird, eine Politik der Vollbeschäftigung zu hintertreiben.

Literatur

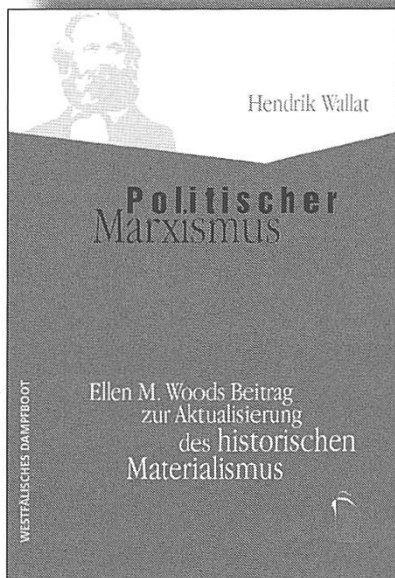
- BFS, Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE): «Von Arbeitsmangel betroffene Personen» www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/6506371/master (Abfrage 13.7.2021)
- Kalecki, Michal, 1943: Political Aspects of Full Employment. delong.typepad.com/kalecki43.pdf (Abfrage 13.7.2021)
- Kasy, Maximilian / Lehner, Lukas, 2020: Employing the unemployed of Marienthal. Evaluation of a guaranteed job program PRE-ANALYSIS PLAN. maxkasy.github.io/home/files/other/PAP_job_guarantee_Marienthal.pdf (Abfrage 13.7.2021)
- Malinvaud, Edmond, 1986: The Rise of Unemployment in France. In: *Economica*, 53 (210), 197–217
- Mankiw, Gregory N., 2019: A Skeptic's Guide to Modern Monetary Theory. Boston. scholar.harvard.edu/files/mankiw/files/skeptics_guide_to_modern_monetary_theory.pdf (Abfrage 13.7.2021)
- Mitchell, William F., 1998: The Buffer Stock Employment Model and the NAIRU. The Path to Full Employment. In: *Journal of Economic Issues*, 32 (2), 547–555
- Ringger, Beat / Wermuth, Cédric, 2020: Die Service-public-Revolution. Zürich
- Steindl, Joseph, 2019: Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit? In: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 45 (2), 288–290
- Taylor, Lance / Barbosa-Filho, Nelson H., 2021: Inflation? It's Import Prices and the Labor Share! In: Working Paper. New York. www.ineteconomics.org/uploads/papers/WP_145-Taylor-and-Barbosa-Filho-Inflation.pdf (Abfrage 13.7.2021)
- Tcherneva, Pavlina R., 2020: The Case for a Job Guarantee. Cambridge



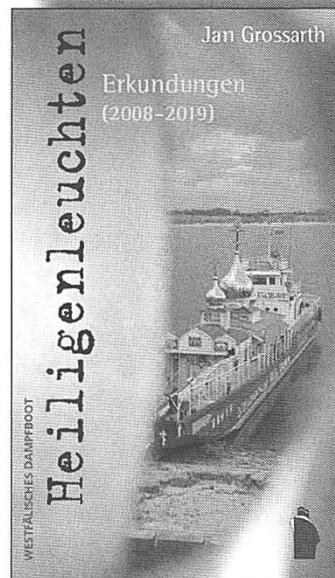
Die Corona-Krise hat praktisch über Nacht alte Sicherheiten infrage gestellt. Beat Ringger und Cédric Wermuth erheben die Stimme gegen eine Politik, die sich als unfähig erweist, den mannigfachen Krisen unserer Zeit – Klima, Ungleichheit, Care – zu begegnen, und zeigen auf, was man aus ihnen lernen kann.

Beat Ringger, Cédric Wermuth
Die Service-public-Revolution
 Corona, Klima, Kapitalismus –
 eine Antwort auf die Krisen unserer Zeit
 216 Seiten, Broschur, 2020, 978-3-85869-892-6

Rotpunktverlag.



Hendrik Wallat
Politischer Marxismus
 Ellen M. Woods Beitrag zur
 Aktualisierung des
 historischen Materialismus
 2021 – 231 Seiten – 28,00 €
 ISBN 978-3-89691-063-3



Jan Grossarth
Heiligenleuchten
 Erkundungen (2008 – 2019)
 2021 – 170 Seiten – 18,00 €
 ISBN 978-3-89691-062-2

Peter Bescherer / Anne
 Burkhardt / Robert Feustel /
 Gisela Mackenroth / Luzia Sievi
**Urbane Konflikte und die
 Krise der Demokratie**
 Stadtentwicklung, Rechtsruck
 und Soziale Bewegungen
 (Raumproduktionen: Theorie und
 gesellschaftliche Praxis, Band 36)
 2021 – 246 Seiten – 28,00 €
 ISBN 978-3-89691-057-8

Thomas Sablowski / Judith
 Dellheim / Alex Demirović /
 Katharina Pühl / Ingar Solty
 (Hrsg.)

**Auf den Schultern von
 Karl Marx**
 2021 – 552 Seiten – 40,00 €
 ISBN 978-3-89691-259-6

„Eine Referenz in exzellenten
 Essays an den unbeirrt durch
 die Gegenwart geisternden Karl
 Marx“ *Jens Grandt* (nd)

Alle Titel des Verlags sind in der Schweiz beim
 Balmer Bücherdienst – www.balmer-bd.ch – erhältlich.

